

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 110. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Donnerstag, 6. März 1913.

Militärvorlage und Deckungsfrage.

Der Gedanke, die hohen einmaligen Ausgaben für die kommende Wehrvorlage durch eine einmalige Vermögensbesteuerung auszubügeln, wird jetzt von der Presse fast aller Parteien viel heftiger aufgefaßt, nachdem er zunächst von vielen Seiten recht beifällig begrüßt worden war. Bemerkenswert allerdings ist dabei, daß sich die meisten Stimmen weniger gegen den Gedanken selbst aussprechen, als vielmehr eine Reihe praktischer Bedenken vorbringen. Es wird auf die politische Wirkung verwiesen, die im Auslande durch einen so außergewöhnlichen Schritt hervorgerufen werden müßte; auf die wirtschaftliche Erschütterung, die aus einem neben allen übrigen Steuern und Abgaben herbeiziehenden Zugriff von solcher Kraft entfallen müßte; auf die Schwierigkeiten schließlich, die namentlich in den Bundesstaaten, die noch keine Vermögenssteuer und daher noch keine Vermögensveranlagung besitzen, durch diese einmalige, das ganze Reich umfassende Vermögensbesteuerung entstehen müßten.

Wir halten diese Bedenken samt und sonderlich nicht für unüberwindlich und wir weisen dabei auf die in unserer letzten Nummer veröffentlichte Erklärung der Deutschkonventionen Partei hin, die es für eine politische Notwendigkeit bezeichnet, jetzt operativ einzutreten für die Sicherheit der Nation.

Die Anregung zu dem Gedanken soll übrigens von Kaiser selbst ausgegangen sein, der für sich in diesem Falle auf das Wort der Steuerfreiheit verzichtete und damit bei allen Bundesfürsten freudigen Anklang fand. Vom 1. April an ist König wird bereits gemeldet, daß er sich sehr sympathisch über die Vermögenssteueränderung und beifolgende mit Freunden bereit zu sein, um des großen Erfolges willen das Schicksal zu tragen.

Das Bundesratskreisleiter schreibt man uns: Zu den Überlegungen über den Deckungsbedarf der Regierung für die einmaligen Ausgaben der Wehrvorlage lassen sich zwar wertvolle Erwägungen vornehmen; aber auch nicht ein einziger Vorstoß ist laut geworden, wie die an eine Milliarde heranzureichenden einmaligen Kosten auf andere Weise zu decken wären. Lediglich auf die Möglichkeit einer Anleihe ist hingewiesen. Das war jedoch noch zu einer Zeit, als der Betrag in seiner wahrnehmbaren Höhe nicht bekannt war. Wer heute etwa noch daran denken wollte, den erforderlichen Betrag auf dem Wege einer Anleihe zu beschaffen, der würde damit beweisen, daß ihm über die Lage des Geldmarktes jede Orientierung fehlt. Wenn in Finanzkreisen erzählt wird, daß schon die letzten Anleiheverhandlungen, an denen das Reich mit nur 50 Millionen beteiligt war, im gegenwärtigen Zeitpunkt nur von dem Gesichtspunkte aus als berechtigt erscheinen konnten, weil für die kommenden Monate mit einer noch stärkeren Verflüchtung des Geldmarktes zu rechnen ist, so kann man daraus eine Vorstellung gewinnen, ob es möglich wäre, in absehbarer Zeit unterem Geldmarkt eine derartige Belastung zu bewerkstelligen. Mit der Beendigung des Balkankrieges werden zweifellos an den Geldmarkt aller Länder Anforderungen gestellt werden, die viel leichter kaum jemals da gewesen sind. Es wäre also schon aus diesen äußerlichen Gründen eine vollkommen unmögliche Idee gewesen, die einmaligen Ausgaben durch Anleihen zu bezahlen. Außerdem aber scheint die Reichsregierung entschlossen zu sein, trotz dieses außerordentlichen Mehrbedarfs von den seit der Finanzreform des Jahres 1909 aufgestellten Grundrissen einer planmäßigen Schuldentilgung nicht abzugehen. Und in diesem Behalten wird sie hoffentlich auch im Reichstage Unterstützung finden. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß die neuen Heeresausgaben die Reichsfinanzen wieder in den Zustand der Berrückung hineinführen, aus dem sie erst in den letzten drei Jahren glücklich herausgekommen sind. Vom Jahre 1914 ab sollen im Heeresetat keine außerordentlichen Ausgaben mehr eintreten, und im Jahre 1917 sollen auch die Kosten für die Flotte von außerordentlichen Etat verschwinden sein. Dieses Ziel und der Entschluß, in Zukunft Anleihen nur noch zu veränderlichen Zwecken aufzunehmen, darf auch durch die kommende Wehrvorlage trotz ihres außerordentlichen hohen Bedarfs nicht verlassen werden. Und darum bleibt der Reichsregierung tatsächlich kein anderer Ausweg, als eine einmalige Abgabe von Vermögen. Man hat diese Abgabe eine Kriegsteuer genannt und sie damit als eine für das Ansehen unserer Finanzlage schädliche Maßnahme gekennzeichnet. Der Name „Kriegsteuer“ ist aber durchaus nicht als unzutreffend anzusehen. Der Unterschied gegen die Kriegsteuern anderer Länder und anderer Zeiten besteht nur darin, daß die jetzige Abgabe nicht einer mit den Lasten eines Krieges leidenden Lande, sondern an der Beendigung eines Krieges in einer Zeit glänzender wirtschaftlicher Entwicklung dem überflüssigen Besitz auferlegt wird.

Die ausländische Politik und die deutsche Wehrvorlage beirrt die „Allg. Ztg.“ in einem längeren, offenbar von Berlin inspirierten Artikel, in dem es u. a. heißt:

„Bei der Wehrvorlage handelt es sich nicht um eine Vermögensaufgabe. Für die Gegenwart ist die deutsche Rüstung jetzt genau für jede Möglichkeit. Das, was die deutsche Nation aufzulegen wird, ist zukunftsarbeit, nachdem sich mit dem nationalen und militärischen Aufschwung der slavischen Weltmächten auf dem Balkan eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des gesamten Slaventums eingestellt hat. Das mit Frankreichs Beispiel folgen und unsere Wehrkraft voll auszunutzen, nimmt unserer Wehrregel vollkommen jeden aggressiven Charakter.“

In verschiedenen Blättern war gemeldet worden, daß die sächsische Regierung dem Vorhaben der Reichsregierung Widerstand entgegenzusetzen und mit ihr in Differenzen geraten sei. Dem ist aber nicht so. Die sächsische Regierung erklärt vielmehr in der offiziellen „Veis. Ztg.“, daß gehofft werden darf, daß an der Hand des Vorbeschlages der Reichsleitung über die Aufbringung der einmaligen Kosten und mit ihr zusammen leistender einmaligen Wege zur Beschaffung des Laufen den Bedarfs gedeckt werden. Der sächsische Widerstand richtete sich nämlich gegen die Art der Aufbringung der laufenden Ausgaben. Allerdings kommen der sächsische Regierung auch Bedenken gegen die einmalige Abgabe bei, die aber, wie sie sagt, nur eine einmalige, ganz ausnahmsweise durch die außerordentlichen Umstände bedingte sein könne, und daß gegen jede Wiederholung volle Gewähr geschaffen werden müsse.“

Die Angaben der Presse über eine angebliche starke Progression der einmaligen Vermögensaufgabe zur Deckung der einmaligen Kosten der Wehrvorlage beruhen auf reiner Kombination ohne tatsächliche Unterlage. Abminderungen der Steuerlast der betroffenen Art sind am Platze, wo es sich um dauernde Steuerleistungen handelt. Hier aber kommt ein einmaliges Opfer an Vermögen in Frage. Dabei werden indessen zwar die kleineren Vermögen außer Betracht bleiben können; wie hier die Grenze zu ziehen sein wird, ist diskutabel. Aber bezüglich derartiger Vermögen, die zu der Auflage herangezogen werden, kann es der Natur der Sache nach weder eine Degression noch eine Progression geben, vielmehr wird der Prozentsatz für alle Vermögen gleich festzusetzen sein. Für die Höhe dieses einheitlichen Prozentsatzes ist naturgemäß einmal der Gesamtbedarf für die Deckung jener einmaligen Ausgaben, weiter der geschätzte Gesamtbetrag des deutschen Vermögens und endlich die Befreiungsgrenze maßgebend. Auch die Zahlen, die jetzt nach dieser Richtung angegeben werden, beruhen daher nur auf Vermutung.

Kein Erfolg der Großmächte?

Aus gut informierter Quelle wird mitgeteilt, daß sowohl Serbien als auch die anderen Verbündeten jetzt die Vermittlung der Mächte ablehnen werden, da die bisherigen Vermittlungsversuche der Mächte erfolglos blieben. Man nimmt daher hier an, daß auch der diesmalige Versuch der Mächte scheitern würde.

Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt zu allgemeinen politischen Situation: Die Standpunkte der Türkei und des Balkanbundes scheinen noch ziemlich weit auseinanderzugehen. Wie aus Paris von besonderer, sehr gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, behält innerhalb der Triple-Entente in bezug auf die Frage der Zahlung einer Kriegsentwädigung keine billige Uebereinstimmung. Während Frankreich und England sich der Idee einer Kriegsentwädigung gegenüber ablehnend verhalten, ist Rußland eher geneigt, auch hier den Wünschen des Balkanbundes entgegenzukommen. Was die Höhe der Kriegsentwädigung betrifft, so wird erklärt, daß Bulgarien seine Ansprüche auf 750-800 Millionen bezieht. Weder im bulgarisch-serbischen Streitfall noch in der Abgrenzungsfrage Albanien ist irgend eine Verringerung eingetreten.

Die „Römisches Zeitung“ meldet offiziös aus Berlin: Gestern ist von den Großmächten die Kollektiv-Anfrage an die Balkanstaaten gestellt worden, ob sie bereit sind, die Vermittlung der Großmächte für den Friedensschluß anzunehmen. Was die Aufnahme der Anfrage betrifft, so sind die ersten Eindrücke nicht ungünstig. Es wäre aber berechtigt, daraus allein weitgehende Schlüsse zu ziehen. Die Balkanverbündeten nehmen jetzt untereinander die Fühlung, um den Großmächten eine gleichlautende Antwort zu übermitteln. Erst wenn die Antwort der Verbündeten bekannt ist, läßt sich ein einigermaßen sicherer Schluß auf die Nähe des Friedens ziehen.

Die Verbündeten unter sich.

Die serbische Presse führt fort, die Haltung der Bulgaren in der serbisch-bulgarischen Grenzfrage in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Die Angriffe richten sich insbesondere gegen den bulgarischen Abgeordneten Malinow, welcher in der Sbranze die Erwartung ausdrückt, daß Serbien keine Forderung stellen lassen werde. Einzelne serbische Blätter greifen auch die serbische Re-

gierung an, indem sie ihr den Vorwurf machen, daß sie sich in den die serbischen Interessen im höchsten Maße berührenden Streitfragen zu passiv verhalte.

Der griechische Transporthampfer „Themistokles“, mit Truppen und Geschützen für Saloniki an Bord, wurde von dem türkischen Kreuzer „Samidieh“ in der Nähe von Kassandra zum Sinken gebracht. Von der Mannschaft soll niemand gerettet worden sein. Zwei weitere griechische Transporthampfer mit serbischen Truppen konnten sich nur durch schleunige Flucht retten.

Das Demobilisationsdekret, das zu gleicher Zeit in Wien und Petersburg veröffentlicht werden soll, wird denselben gleichlautenden Text haben. Die Abfassung des Dekrets ist von den österreichischen und russischen Diplomaten beinahe vollendet. Es handelt sich nur noch um einige unwesentliche Einzelheiten, die noch der Zustimmung der beiden Regierungen bedürfen.

Die fengenden Bulgaren. Dem Konstantinopeler „Tanin“ zufolge haben die Bulgaren in den letzten Wochen im Vilajet Saloniki nicht weniger als 400 muhamedanische Dörfer in Brand gesteckt und vollkommen zerstört.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 5. März 1913.

Am 5. März des Bundesrats: v. Tirpitz.

Vorsitzender Dr. Baumbach eröffnete die Sitzung nach 2 1/2 Uhr und erteilte sofort das Wort dem

Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral v. Tirpitz: Ich habe dem hohen Hause die traurige Mitteilung zu machen, daß unsere Marine in der letzten Nacht, am Mittwoch, von einem schweren Unglücksfall betroffen ist, welchem eine größere Anzahl von Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Es handelt sich um einen Zusammenstoß zwischen seiner Majestät großem Kreuzer „Bore“ und dem Torpedoboot S 178. Genauere Angaben habe ich darüber selbst noch nicht. Ich weiß auch nicht, ob der Unfall direkt während des Manövers stattgefunden hat, aber unmittelbar darauf, nachdem die Lichter schon gelöscht worden sind, mo natürlich schon eine gewisse Erschütterung gegenüber den letzten Anspannungen eingetreten ist. Daß verhältnismäßig wenige getötet wurden, nur der Arzt, der Ingenieur und 15 Unteroffiziere und Mannschaften, ist vermutlich und wahrscheinlich dem schweren Sturmwind und dunklen Wetter in der Nordsee anzuschreiben. Meine Herren, die Marine betrauert den frühen Seemannstod so vieler unserer Kameraden aufs tiefste. Sie wird sie in hohen Ehren halten, und der Unglücksfall, meine Herren, wird der Marine ein Ansporn sein, den dahingegangenen Kameraden in großer Pflichterfüllung zu folgen und zu dienen für Kaiser und Reich.

Vorsitzender Dr. Baumbach: Meine Herren! Mit tiefem Schmerz haben wir die Trauerbotschaft vernommen, die der Staatssekretär des Reichsmarineamts uns soeben überbracht hat. Der Deutsche Reichstag wird mit dem gesamten deutschen Volke den trauernden Männern, die in ihrer treuen Pflichterfüllung den Tod gefunden haben, ein ehrenvolles Andenken bewahren. Sie haben sich um Seihen dieses von ihren Eichen erhoben, was ich hiermit feststelle.

Das Haus trat hierauf in die Tagesordnung ein. Eine Anzahl Petitionen, welche von der Petitions-Kommission für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet sind, wurde für erledigt erklärt. Die Petitione an die Petenten werden dementsprechend ergehen.

Es folgte die Beratung des am 7. Februar 1913 von den Deutsch-Roumanen eingeleiteten Antrags v. Hermann und Senfener: Den Reichstagsrat zu ersuchen, dahin zu wirken, 1) daß mehr kleine Garnitionen geschaffen werden und besonders kleine Städte, die früher schon einmal Militär hatten, bedürftigst werden; 2) alljährlich den Militärurlauben einmal freie Eisenbahnpfadt, unter Benutzung von Schnellzügen, zu gewähren; 3) Enturlauben in größerem Umfange, soweit dies mit den dienstlichen Interessen vereinbar ist, zu bewilligen; 4) alljährlich nur einmal Kontrollverfammlungen abzuhalten; 5) Entschädigen den sonstigen Schäden, die durch militärische Übungen verursacht werden, schneller abzugleichen; 6) eine Erhöhung der Servicegelder für Wehrbeauftragten.“

Auf Antrag des Abg. Wehrens (Wirtsh. Bg.) wurde ein Initiativgesetz gleicher Tendenz, der ebenfalls vor Jahresfrist von seiner Gruppe eingebracht ist, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. v. Helmreich (Deutschf.) : Von der Schaffung einer größeren Anzahl kleiner Garnitionen würden nicht die besten Agrarier den Hauptvorteil haben, sondern der gesamte Mittelstand und in erster Linie die Handwerker. Keine Stadt wird sich freuen, die Kosten auf sich zu nehmen, die durch die Übernahme von Garnitionen bedingt sind. Wir setzen auf dem Standpunkt, daß es eine große Gefahr ist, derartig viele junge Leute in die großen Städte zu schicken, wo sie allzusehr der Agitation der Sozialdemokratie ausgesetzt sind, die ihren antimilitärischen

Dr. Baumbach, Reichstagspräsident, 6. März 1913.

Von der Bekanntschaft des Loredobobos „S. 178“ werden ...

Heute nach Tromsø abgeht. Das Expeditionsschiff „Sertha“ ...

Aus Halle und Umgebung.

Oberbürgermeister Dr. Rixe will Halle verlassen? ...

Die Wettannahmestelle des Säch.-Thür. Reiters- und Pferdezüchtereins

beendet sich in diesen Tagen ...

Im Verein ehemaliger 72er von Halle und Umgegend hielt Herr Professor ...

Letzte Telegramme.

Deligoland, 6. März. Auffahrt zur ...

Ein Schwänbler.

Berlin, 6. März. Der angelegte ...

Auf der Gisdolle ins Meer.

Astrachan, 6. März. 55 Fischer ...

Schlüme Kätle.

Yengschai, 6. März. Vier ...

Börsen- und Handelsteil.

Bollatien in London am 5. März. ...

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Weizen (Normalgew. 756) ...

Table with market prices for various goods like Roggen, Weizen, Mehl, and others.

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

Magdeburg, 6. März. Prima Kartoffelmehl ...

Getreide und Getreidemehle.

Hamburg, 6. März. Weizenmehl ...

Woll- und Wollwaren.

Hamburg, 6. März. Kaschmir-Wollwaren ...

Wolle und Wollwaren.

Bremen, 6. März. Baumwolle, Fettsäure ...

Tiere und tierische Produkte.

Berlin, 6. März. Städtischer Schlachtviehmarkt ...

Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 6. März. Roter Weizen ...

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch die Wasserstandsberichte ...)

Verantwortlich für Politik u. Verwaltung: ...

Die Namen der Vereteten lauten: Marine-Inspektor ...

Luffahrt.

Großes Aufsehen.

Die Nachricht eines Leipziger Matrosen ...

Flieger-Vorfälle.

Schloss vorzeitig für eine Rekonstruktion ...

Privatnachsichten und Umgebung.

Einemberg, 5. März. (Aus dem Züge ...)

Aus Nah und Fern.

Zum Feinheitskörper Automobilverkehrs. ...

Kunst und Wissenschaft.

Der Leiter der Stiftungsaktion ...

Bank für Handel und Industrie.

(Darlehens-) Bank) Filiale Halle a. S.

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Berliner Börse, 8. März 1933

Table with columns for currency type (e.g., Reichsmark), denomination, and price.

Table listing various government bonds and their market prices.

Table listing various industrial and commercial bonds.

Table listing various bank shares and their prices.

Table listing various insurance and other corporate shares.

Table listing various foreign exchange rates.

Table listing various foreign exchange rates and international market indicators.

Table listing various international bonds and securities.

Table listing various international shares and corporate bonds.

Table listing various international bank and insurance shares.

Table listing various international foreign exchange rates.

Table listing various international market news and commentary.

Table listing various international market news and commentary.

Table listing various international shares and corporate bonds.

Table listing various international bank and insurance shares.

Table listing various international foreign exchange rates.

Table listing various international market news and commentary.

Table listing various international shares and corporate bonds.

Table listing various international bank and insurance shares.

Table listing various international foreign exchange rates.

Table listing various international market news and commentary.

Table listing various international shares and corporate bonds.

Table listing various international bank and insurance shares.

Table listing various international foreign exchange rates.

Table listing various international market news and commentary.

Table listing various international shares and corporate bonds.

Table listing various international bank and insurance shares.

Table listing various international foreign exchange rates.

Table listing various international market news and commentary.